

Dringliche Anfrage

Hannover, den 16.05.2022

Fraktion der FDP

„Moskau-Connection“ - wie weit reichen die „Russlandnetzwerke“ nach Niedersachsen?

Am 29. April 2022 unterrichtete die Landesregierung durch den Chef der Staatskanzlei in der 87. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zu den wirtschaftspolitischen Folgen im Rahmen des Krieges in der Ukraine mit dem Schwerpunkt der „Verbindungen der Landesregierung bzw. des Landes Niedersachsen zur Russischen Föderation“. In dieser Unterrichtung blieb offen, ob und welche Gespräche Ministerpräsident Weil mit Vertretern der russischen Föderation gegebenenfalls unter vier Augen und ohne Anwesenheit eines Vertreters der deutschen Botschaft geführt hat. Auf einige Nachfragen verwies die Landesregierung zudem auf einen fehlenden Auskunftsanspruch der Abgeordneten gegenüber der Landesregierung. Ebenfalls offen blieb u. a. die Frage, ob der ehemalige Honorarkonsul der Russischen Föderation für die Vermittlung von Kontakten zu Ministerpräsident Weil im Einzelfall Geld erhalten haben könnte.

Das Politikjournal *Rundblick* berichtete in seiner Ausgabe vom 3. Mai 2022, dass der ehemalige russische Honorarkonsul eingeräumt habe, dass Teilnehmer an von ihm organisierten Veranstaltungen, an denen regelmäßig auch Ministerpräsident Weil teilgenommen hat, einen „Obolus“ für ihre Teilnahme entrichtet hätten.

Zuvor veröffentlichte am 29. April 2022 die *FAZ* einen Beitrag unter der Überschrift „Die offenen Fragen der ‚Moskau-Connection‘ in Hannover“. Darin wird berichtet, dass der Ministerpräsident nach seinem Amtsantritt 2013 vier Mal offiziell nach Russland gereist sei, so häufig wie in kein anderes Land. Dabei habe es nur bei der ersten Russlandreise 2013 ein Treffen mit kritischen Vertretern der Zivilgesellschaft gegeben.

„Schmerzhafter Aufklärung“ ist der Titel eines *Spiegel*-Artikels in der Ausgabe vom 23. April 2022, in dem über den ukrainischen Botschafter in Deutschland berichtet wird, der sich zu „Russlandnetzwerken“ der SPD äußert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann, in welcher Form und mit welchen konkreten Inhalten gab es Kontakte zwischen Ministerpräsident Stephan Weil und Vertretern von mehrheitlich im Besitz des russischen Staates befindlichen Unternehmen bzw. deren in Niedersachsen tätigen Tochterunternehmen?
2. Welche dieser Kontakte fanden außerhalb Deutschlands und ohne Begleitung, Beteiligung oder Kenntnis der zuständigen deutschen Botschaft statt?
3. Anlässlich welcher dieser Kontakte ging es jeweils mit welchem Inhalt im weitesten Sinne um Fragen der Energieversorgung Deutschlands oder Niedersachsens?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 16.05.2022)